

Eine solche Zusammenarbeit lag in der Tradition der russischen Orthodoxie. Wie bei ihrem Vorbild Byzanz führte sie immer zu einem eindeutigen Übergewicht der Staatsmacht über die geistlichen Autoritäten.

Immerhin gab es im letzten Weltkrieg eine Lage, in der auch Stalins Staat die Hilfe der Kirche zur Mobilisierung patriotischen Widerstandes gegen den Landesfeind brauchte. Damals empfing der Diktator die kirchlichen Oberhäupter und erlaubte ihnen die Wahl eines neuen Patriarchen in der Person eben jenes Sergius, der freilich im bereits darauffolgenden Jahre starb. Oberhaupt der russischen Orthodoxie war seither sein Nachfolger Alexej, der nach dem Kriege auch gelegentlich im westlichen Ausland und Vorderen Orient auftauchte, um Zeugnis für die Toleranz der Sowjetmacht abzulegen, und ihrer Außenpolitik seinen geistlichen Segen zu geben. Er hatte während des Kirchenkampfes einige Jahre in der Verbannung gelebt, durfte sich nun aber in dem Klosterstädtchen Sagorsk bei Moskau eine eigene Residenz ausbauen.

Im gesegneten Alter von 92 Jahren ist dieser Kirchenfürst, der seine theologische Ausbildung noch in der Zarenzeit erfahren hatte, jetzt gestorben. Manche Gläubigen mißtrauten seiner Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung so sehr, daß sie sich in verschiedene Sekten zurückzogen. Auch diese Reaktion auf das Bündnis von Kirche und Staat entsprach einer alten russischen Tradition, hat aber den Fortbestand der Hierarchie nie erschüttern können. Alexej war nicht nur seiner auswärtigen Propagandaaufgabe gewachsen, sondern auch der Sicherung seiner Autorität in den eigenen Reihen.

Bonn entdeckt an Madrid liberale Züge

Die Spanienreise Scheels wird als realpolitische Notwendigkeit hingestellt

Von unserer Bonner Redaktion

re. Bonn, 20. April

Bundesaußenminister Scheel fliegt am Mittwoch zu zweitägigen Besprechungen mit Mitgliedern der spanischen Regierung nach Madrid. Seit die Regierungen der beiden Länder 1966 jährliche Konsultationen auf Ministerbene vereinbart hatten, besucht damit zum erstenmal ein Bonner Außenminister die spanische Hauptstadt.

Bundeskanzler Brandt hatte als Außenminister der Großen Koalition zwar stets beteuert, daß er keinen Hinderungsgrund für einen Besuch

in den einzelnen Ländern zu einer „unerträglichen Zersplitterung“ geführt hätten. Die Reinhaltung des Wassers und der Luft sowie die Lärmbekämpfung zählt Genschler zu den wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, die nur

Gutachten für die ÖTV: Auch Beamte dürfen streiken

Stuttgart (dpa)

Auch Beamte dürfen streiken. Zu diesem Ergebnis kommt Wolfgang Däubler, wissenschaftlicher Assistent an der Universität Tübingen, in einem Gutachten, das er im Auftrag des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) gemacht hat. Der Gutachter behauptet das volle Koalitionsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Öffentlichen Dienst, wozu auch das Streikrecht gehöre. Die in Artikel 9 des Grundgesetzes garantierte Koalitionsfreiheit umfasse nicht nur die Tarifautonomie, sondern auch das Streikrecht, soweit seine Existenz für das Funktionieren des Tarifvertragssystems unerlässlich sei, heißt es in dem Gutachten des jungen Rechtswissenschaftlers.

Der Grundgesetzartikel gelte für alle Arten von Beschäftigten, auch für die Beamten. Das angebliche Streikverbot für Beamte stelle keinen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums im Sinne des Grundgesetzes dar. Der Streik von Beamten sei kein unzulässiger politischer Streik. Er richte sich nicht gegen den Staat als Verkörperung des Gemeinwillens, sondern gegen den Staat in seiner Funktion als Arbeit- oder Dienstgeber.



DAS APOLLO-UNGLÜCK brachten Photos vermuhten Geräteteil des Raumschiffes. Explosion gerissene Loc... ein Adapter zu sehen, d... und Sauerstoffleitungen

blick volle Übereinstimmung. Beide Länder seien über Zusammenarbeit bei der Verbesserung. Dabei soll Arbeit und darüber hinaus Arbeit angestrebt werden.

Der Bundesinnenminister... Rahmenkompetenz des... um ein organisches Bewährleisten. Er nannte Zustand, wenn, wie beim Hessen in der Richterbehandlung der Beamten durch Normenkontrollv

Koalitions